



Frankreich – Info

Herausgeber: Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

03.07.2009

Erklärung von Staatspräsident Nicolas Sarkozy vor den beiden Parlamentskammern

VERSAILLES, DEN 22. JUNI 2009

Herr Senatspräsident,
Herr Präsident der Nationalversammlung,
Herr Premierminister,
meine Damen und Herren Parlamentarier,
meine Damen und Herren Minister,

ich spreche heute zu Ihnen mit dem Bewusstsein, einen tiefgreifenden Wandel in unserer republikanischen Tradition einzuläuten.

Seit 1875 galt die Regel, dass der Staatschef nicht das Recht hat, vor den beiden Parlamentskammern zu sprechen. Er konnte mit ihnen nur über schriftliche Erklärungen kommunizieren, die an seiner Stelle verlesen wurden. Diese Regel wurde in einem Kontext des Misstrauens aufgestellt, die Republik fühlte sich angreifbar und bedroht. Diese Zeiten sind schon lange vorbei. Die Republik ist fest in unserem Land verankert. Es war also an der Zeit, dass die Beziehungen zwischen der legislativen und der exekutiven Gewalt besser dem entspricht, was eine befriedete Demokratie ausmacht.

Eine befriedete Demokratie soll nicht heißen: eine Demokratie, in der alle einverstanden sind, sondern vielmehr eine Demokratie, in der sich alle zuhören und respektieren.

Ich spreche heute hier zu Ihnen, weil ich Ihnen zeigen will, welche große Bedeutung ich dem Parlament, seiner Rolle, seiner Arbeit beimesse.

Das ist ein wichtiger Moment. Ich beuge mich voller Ernsthaftigkeit und Demut, denn wir befinden uns in einer Lage, die wir so noch nie erlebt haben. Unter diesen Umständen kann niemand sicher sein, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben.

www.botschaft-frankreich.de

Ich will Ihnen sagen, welche Schlussfolgerungen ich aus der Krise ziehe. Ich hatte Gelegenheit über die Europa-Politik Frankreichs und über die Vorstellungen Frankreichs in Sachen Regeln für die Globalisierung zu sprechen. Was wir aus unserem Land, aus unserer Zukunft machen können: das will ich Ihnen heute sagen.

Die Krise ist noch nicht vorbei. Wir wissen nicht, wann sie ein Ende haben wird.

Wir müssen alles daran setzen, damit das so schnell wie möglich geschieht. Bis dahin müssen wir weiterhin die Beschäftigung fördern.

Wir müssen weiterhin die Stabilität unseres Bankensystems gewährleisten.

Wir müssen die Schwächsten unter unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern schützen, all jene, die am meisten leiden.

Wir müssen alles tun, um zu vermeiden, dass die Opfer der Krise nicht ausgegrenzt werden und wir sie nicht mehr in das Wirtschaftsleben und in die Gesellschaft integrieren können.

Ausgrenzung, das wäre das Schlimmste, was infolge der Krise passieren könnte.

In unserer Wachsamkeit, in unseren Anstrengungen zur Abwendung dieser Gefahr nachzulassen, weil die Krise angeblich vorbei ist - das wäre unverantwortlich. Damit würden wir nicht nur den Wiederaufschwung gefährden, sondern darüber hinaus unsere Zukunft schwer belasten.

Der Gedanke, wir könnten weiter kommen, indem wir einen Teil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger am Wegesrand liegen lassen, ist ungerecht und falsch.

Der Gedanke, wir könnten weiterkommen, indem wir einen Teil unserer Territorien, unserer Stadtviertel aufgeben, ist falsch.

Der Gedanke, wir müssen uns nicht mehr um die sozialen und humanen Folgen der Krise kümmern, weil sie angeblich vorbei ist, ist gefährlich.

Ich will noch weiter gehen.

Die Krise als eine vorübergehende Episode zu bezeichnen, zu tun, als ginge alles weiter wie vorher, als könne man denken und handeln wie vorher, mit denselben Kriterien, mit denselben Methoden, wäre ein fataler Irrtum.

Nichts wird mehr so sein wie vorher.

Eine Krise solchen Ausmaßes erfordert immer, dass man die Dinge grundlegend in Frage stellt. Es kann nicht sein, dass man bei einer derartigen Katastrophe die Ideen, Werte und Entscheidungen nicht in Frage stellt, die zu einem solchen Ergebnis geführt haben.

Wir müssen alles von Grund auf überdenken, unsere Dogmen und Gewissheiten beiseitelegen.
Die Krise gibt uns also mehr Spielraum, um eine andere Zukunft zu gestalten.

Seit Ende des Kalten Krieges schien sich mit der Globalisierung bei allen der Gedanke festgesetzt zu haben, es gebe nur einen möglichen Weg, nur ein denkbares Modell, nur eine Strategie. Die Krise hat uns gezeigt, dass dieser Weg eine Einbahnstraße war. Also sind wir jetzt gezwungen, andere Wege zu finden.

Ich habe es bereits vor einigen Tagen bei der Internationalen Arbeitsorganisation gesagt:

Es gibt zwei Globalisierungsmodelle.

Jenes, bei dem das externe Wachstum im Vordergrund steht, d.h. jeder versucht um jeden Preis, die Arbeitsplätze und Märkte der anderen zu besetzen.

Und jenes, bei dem das interne Wachstum im Vordergrund steht, d.h. ein Wachstumsmodell, bei dem die Beteiligten zur Entwicklung aller beitragen, indem sie mehr produzieren und verbrauchen.

Das erste Globalisierungsmodell verfolgt die Logik des Wettbewerbs um jeden Preis in ihrer extremsten Äußerungsform - mit jeglicher Art von Dumping, aggressiver Handelspolitik, Kaufkraft-Drückung und Senkung des Lebensstandards.

Das zweite Modell setzt auf Produktivitätssteigerung, Verbesserung von Lebensstandard und Wohlstand.

Das erste befördert Konfrontation.
Das zweite befördert Kooperation.

Das erste bedeutet: wirtschaftlicher Fortschritt oder sozialer Fortschritt.
Das zweite hingegen bedeutet: wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Fortschritt.

Heute muss es in erster Linie darum gehen, dafür zu sorgen, dass die Globalisierung nicht mehr dem ersten, sondern dem zweiten Modell folgt.

Die Krise wird dazu beitragen. Sie ist Vorzeichen für eine Welt, in der Forderungen nach Gerechtigkeit, Regulierung und Schutz immer lauter werden. Wer könnte glauben, dass die Völker stillschweigend die schwerwiegenden Folgen der Krise über sich ergehen lassen; dass sie nicht mehr Schutz und mehr Gerechtigkeit fordern; dass sie wieder – als wäre nichts geschehen – goldene Fallschirme für Manager und exorbitante Gewinne für Spekulanten hinnehmen.

Die Welt nach der Krise wird eine Welt sein, in der die Botschaft Frankreichs mehr Gehör findet und besser verstanden wird.

Das wird eine Welt sein, in der Frankreich aufgrund seiner Kultur und seiner Werte bessere Chancen auf Erfolg haben wird als viele andere.

Das interne Wachstumsmodell, nach dem sozialer Fortschritt, humaner Fortschritt mit wirtschaftlichem Fortschritt einhergehen, hat Frankreich schon immer zu seinen größten Erfolgen verholfen.

Die Wettbewerbsfähigkeit seines Landes nicht auf einer Politik aufzubauen, die den Lebensstandard beschneidet, sondern vielmehr auf dem Bestreben nach hoher Produktivität über hochwertige Strukturen in Sachen Bildung, Gesundheit, Forschung, öffentliche Dienstleistungen, sozialer Schutz und Infrastruktur, über seine Lebensqualität, die Nutzung aller seiner finanziellen und personellen Ressourcen sowie über eine gelungene Ergänzung zwischen Privatinitiative und öffentlichem Handeln: Das ist es, was Frankreich immer wollte.
Das ist es, was am besten seinem Wesen entspricht.

Das ist es, was am besten seinen Idealen entspricht.

Das ist es, was wir im Grunde alle wollen – über die Unstimmigkeiten hinaus, die wir bei den Mitteln zur Umsetzung, bei den erforderlichen Reformen, bei der Bedeutung der Verantwortung jedes Einzelnen oder bei der Definition von Gleichheit haben.

Wir alle lieben unser Land.

Wir teilen dieselben Grundwerte.

Wir wollen, dass alle dieselben Rechte und Pflichten haben, dass jeder das Gefühl hat, respektiert zu werden, dass jeder seinen Platz in der Gesellschaft hat.

Das republikanische Modell bleibt unser Referenzmodell. Und wir wollen alle die Wirtschaftslogik mit und dieses republikanische Bestreben miteinander in Einklang bringen.

(...)

Sicher, die Welt hat sich verändert und wir werden nicht wieder in die Zeit des Aufschwungs nach dem zweiten Weltkrieg zurückkehren.

Sicher, über 30 Jahre widersprachen die Werte Frankreichs denen jener Länder, die die internationale Wirtschaft und Politik dominierten.

Aber wer sieht nicht, dass die internationale Krise wieder günstige Voraussetzungen für das französische Bestreben schafft, die Wirtschaft in den Dienst des Menschen zu stellen und nicht umgekehrt.

Alles bringt uns zu dieser Überzeugung: die Wirtschaftskrise, die soziale Krise, die ökologische Krise.

Gerade jetzt, wo allen bewusst wird, dass das Wirtschaftswachstum nur nachhaltig sein kann, wenn es den Menschen achtet und wenn es die Natur achtet; gerade jetzt, wo die Welt sich wieder der Grenzen einer reinen Marktlogik bewusst wird; **gerade jetzt hat das französische Modell wieder eine Chance.**

Das Wachstumsmodell von morgen wird nicht so aussehen wie das nach dem zweiten Weltkrieg. Die ökologische Revolution und die Digitalrevolution werden die Verbraucher- und Produktionsweisen radikal verändern. Aber es wird Ähnlichkeiten geben.

Wir politischen Verantwortlichen, ob von links oder von rechts, haben unbemerkt dem Kapital all zu sehr freien Lauf gelassen; wir haben zweifelsohne all jenen zu viel Gehör geschenkt, die sich über die Staatsverschuldung empörten und zugleich riesige Schuldenhebel in den Dienst zügelloser Spekulation stellten.

Das neue Wachstumsmodell, das Frankreich anstrebt und aufbauen will, muss der Beschäftigung, den Unternehmern, den Erfindern, den Kunstschaaffenden und der Produktion einen größeren Platz einräumen.

In der Welt von morgen werden unsere Ingenieure, Wissenschaftler, Künstler, unsere Kultur des öffentlichen Dienstes, unser Know-how bei der Vernetzung von Privat- und öffentlichem Sektor, die auf eine lange Tradition zurückblicken, wieder zu einer großen Stärke Frankreichs.

Ein weiterer Grund also, weshalb wir einige wichtige Fragen nicht ausklammern sollten.

Warum ist die Kluft zwischen unseren Idealen und der sozialen Realität so groß? Sie ist im Verlauf der letzten 30 Jahre immer größer geworden.

Warum wird die Zukunft so sehr als Bedrohung und so wenig als Verheißung empfunden?
Warum sehen die Eltern der Zukunft ihrer Kinder mit derart großer Angst entgegen?
Warum gibt es ein solches Unbehagen? Denn das gibt es in der Tat, und es ist sehr groß.

Wir müssen den Mut haben, uns diese Fragen zu stellen und darauf zu antworten.

Die Krise hat das französische Modell beliebt gemacht. Gestern war es noch verschrien, und heute findet es Anerkennung für seine Rolle als sozialer Stoßdämpfer. Aber die Krise legt auch ganz deutlich unsere Unzulänglichkeiten und Schwächen offen. Den Kopf einziehen und warten, bis es vorüber geht, das wäre ein Fehler.

Nichts war weniger günstig für große Veränderungen als die Trägheit von damals. Was wir heute nicht machen, das machen wir auch später nicht. Wir würden eine historische Chance verpassen.

Nur die anderen in Frage zu stellen, das kann nicht die Schlussfolgerung aus der Krise sein. Wir müssen - jetzt oder nie - auch uns selbst in Frage stellen.

Unsere Zukunft entscheidet sich jetzt.

Wie sollen wir für unsere Zukunft gerüstet sein, wenn wir uns unserer Werte nicht sicher sind?
Wie steht es um das Prinzip der Gleichheit?

Ist nicht ganz allmählich und zuweilen unbemerkt das republikanische Gleichheitsprinzip dem Prinzip des Egalitarismus gewichen?

Republik, das heißt: soziale Förderung auf der Grundlage von Verdienst und Talent.
Egalitarismus, das heißt: allen das Gleiche geben.

Republik heißt, wir befördern alle nach oben. Egalitarismus bedeutet ein Abstufung aller.

Wer sieht nicht, dass unser Integrationsmodell nicht mehr funktioniert?

Anstelle von Gleichheit schafft es Ungleichheit.
Anstelle von Zusammenhalt schafft es Ressentiments.

Ich will nicht noch einmal die Debatte über den Begriff der positiven Diskriminierung aufrollen, dem – dessen bin ich mir bewusst – andere geschichtliche Hintergründe und Traditionen zu Grunde liegen, wie sie uns eigen sind. Was ich aber sagen will: Um zu Gleichheit zu gelangen, muss man denen mehr geben, die weniger haben; man muss die Handicaps derer zu kompensieren wissen, denen das Leben von Anfang an weniger Erfolgchancen bietet als allen anderen. Das darf nicht auf der Grundlage ethnischer Kriterien erfolgen. Das wäre gegen unsere grundlegendsten Prinzipien. Sondern das muss auf der Grundlage sozialer Kriterien erfolgen. Auf alle Fälle muss es geschehen.

Wir haben endlich das Problem der Städteerneuerung in Angriff genommen. Wir haben uns um die Gebäude gekümmert, das war notwendig. Jetzt müssen wir uns um die Menschen kümmern. Ich weiß sehr wohl, dass es hier Zurückhaltung gibt, dass die Dinge hier und da still stehen. Sie sollten wissen, dass meine Entschlossenheit hier ungebrochen ist. Wir können nicht weiterhin Werte als unser Eigen nennen und zugleich zulassen, dass die Tatsachen diesen Werten derart widerlaufen. Dieser Widerspruch ist destruktiv. Er ist moralisch destruktiv. Er ist sozial destruktiv.

Ich kann nicht über Gleichheit sprechen, ohne an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Übersee zu denken.

Wie können sie sich als vollständige Bürger unserer Republik fühlen, wenn unsere Republik Ihnen gegenüber so wenig das Versprechen der Gleichheit einhält, das sie allen Bürgern macht? Ich will mit ihnen darüber sprechen, wie Frankreich seine Verpflichtungen einhalten kann. Ich will mit ihnen über die erforderlichen rechtlichen und finanziellen Mittel sprechen, um dort hin zu kommen. Auch hier können wir nicht im Namen einer rein formellen Auslegung des Begriffes der Gleichheit zulassen, dass diese Situation fortbesteht, die unseren Prinzipien derart widerspricht. Hier werde ich nicht nachlassen.

Wo stehen wir in Sachen Laizität?

Um unnötige Polemik zu vermeiden, werde ich nicht mehr von positiver Laizität sprechen. Aber ich bleibe bei der Überzeugung, dass Laizität nicht bedeutet, alle Religionen abzulehnen, religiöse Gefühle abzulehnen. Das ist ein Prinzip der Neutralität und ein Prinzip des Respekts. Laizität heißt alle Meinungen und alle Glaubensrichtungen respektieren. (...)

Das Burka-Problem ist kein religiöses Problem. Es ist ein Problem der Freiheit und der Würde der Frau. Sie ist kein religiöses Zeichen, sie ist ein Zeichen der Knechtung, der Erniedrigung.

Ich sage es hier ganz offiziell: Die Burka ist in Frankreich nicht willkommen. Wir können nicht hinnehmen, dass in unserem Land Frauen hinter einem Gitter gefangen sind; dass sie abgeschnitten sind von jedem sozialen Leben; jeder Identität beraubt. Das ist nicht unsere Vorstellung von der Würde der Frau.

Es war der Wunsch des Parlaments, sich mit dieser Frage zu befassen. Das ist die beste Art, damit umzugehen. Es muss eine Debatte geben und alle Standpunkte müssen zum Ausdruck kommen. Was wäre dafür besser geeignet als das Parlament? Ich sage Ihnen aber, dass wir uns unserer Werte nicht schämen müssen. Wir dürfen keine Angst haben, sie zu verteidigen. (...)

Ich glaube – und die Krise ist dabei hilfreich –, dass der Zeitpunkt gekommen ist, die Grundsätze einer Politik in Frage zu stellen, die uns in immer weniger haltbaren Widersprüchen gefangen hat.

Ich werde mich nicht meiner Verantwortung entziehen angesichts des schwerwiegenden Problems der Defizite unserer öffentlichen Finanzen.

Aber ich werde keine Sparpolitik betreiben. Weil diese immer gescheitert ist. Ich werde die Steuern nicht erhöhen, weil die Steuererhöhung den Ausweg aus der Krise lange verzögern würde und weil man Defizite durch Steuererhöhungen nicht abbaut, wenn man sich auf einem so hohen Abgabenniveau bewegt wie wir, sondern sie noch vergrößert.

Ich werde die Investitionen nicht zur Disposition stellen, weil es ohne Investitionen keine Zukunft gibt. Weil die Politik der blinden Ausgabenbeschränkung eine Politik ist, bei der keine Entscheidung getroffen wird und die letztlich eine Ausgabenkontrolle nicht möglich macht. Eine solche Politik hat viel zu oft dazu geführt, dass die guten Ausgaben gekürzt wurden und die schlechten Ausgaben weiterliefen.

Bei jeder Sparpolitik gab es hinterher weniger Wachstum, mehr Steuern, mehr Defizit und mehr Ausgaben.

Ja, unsere öffentlichen Finanzen sind problematisch. Ja, unsere Defizite sind problematisch. Aber so werden wir diese Probleme nicht lösen. Wir müssen unsere Art, das Problem zu sehen, grundlegend ändern.

Es gibt das schlechte Defizit. Mit dem schlechte Ausgaben, Verschwendung, zu viel Bürokratie, zu hohe Betriebskosten finanziert werden. Dieses strukturelle Defizit muss durch mutige Reformen auf Null zurückgefahren werden.

Es gibt das Defizit, das der Krise geschuldet ist wie auch verminderten Einnahmen und höheren Sozialausgaben. Es funktioniert als sozialer Stoßdämpfer, und es hat gut funktioniert. Es hat Frankreich die Möglichkeit gegeben, die Folgen der Krise zu begrenzen. Nach der Krise muss es mit Hilfe der Wachstumseinnahmen wieder abgebaut werden.

Und es gibt das Defizit, mit dem die Zukunftsausgaben finanziert werden. Es ist nicht normal, Investitionen durch Anleihen / Kapitalaufnahme zu finanzieren. Das kann ein gutes Defizit sein, vorausgesetzt es ermöglicht die Finanzierung von guten Investitionen.

Die zentrale Frage ist die Frage nach der Qualität der öffentlichen Ausgaben. Eine rigorose Sparpolitik verschleiert nämlich die Qualität der Ausgaben, weil man sich nur noch fragt, welche kurzfristigen Folgen die Entscheidungen, die man treffen würde, für den Haushalt haben.

Aber wenn man nicht genügend Mittel für die Bekämpfung der Ausgrenzung bereit stellt, wenn man nicht in Internate für sozial benachteiligte Schüler investieren will, wenn man nicht in Schulen investieren will, die jungen Menschen eine zweite Chance geben, wenn man den 16- bis 18-Jährigen ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung, ohne Perspektive nichts zu bieten hat, wenn man die Spur der Kinder verliert, die Schwierigkeiten haben und de facto vor Ablauf der Pflichtschulzeit vom Schulsystem ausgeschlossen sind, weil es für sie keine angemessenen Strukturen gibt, dann spart man nicht. Dann bereitet man eine beträchtliche Erhöhung der künftigen Ausgaben vor, weil man für diese Entsozialisierung sehr teuer bezahlen wird.

Ich schlage den Sozialpartnern vor, massive Maßnahmen für die Teilzeitarbeit zu treffen und den Vertrag für einen beruflichen Wechsel noch auszuweiten.

Ich sage, dass jeder, der aus wirtschaftlichem Grund entlassen wird, ein Jahr lang sein Gehalt beziehen und eine Ausbildung erhalten soll. Ich sage, dass wir uns nicht damit abfinden sollen, dass die Krise zu Ausgrenzung, Hoffnungslosigkeit und Leid führt, sondern wir müssen vielmehr die Chance ergreifen und in die Menschen investieren, in ihre Fähigkeiten, damit sie morgen besser arbeiten und bessere Beförderungsaussichten erhalten. Das liegt im Interesse aller.

Das ist eine Investition.

Denjenigen, die sich wundern, dass man Schulden macht, um den Strategischen Investitionsfonds mit Mitteln auszustatten, sage ich, dass dieser Fonds uns dabei hilft, Arbeitsplätze zu schaffen und den technologischen Vorsprung zu behalten; und darüber hinaus wird der Fonds dem Staat Geld bringen, da die Beteiligungen, die er erwerben wird, an Wert gewinnen werden.

Das ist eine Investition.

Eine Entscheidung dagegen würde uns heute zwar weniger, morgen dafür umso mehr kosten. Denjenigen, die der Meinung waren, dass das Umwelt-Grenelle zu teuer war, möchte ich sagen, dass es sich dabei um die rentabelste Ausgabe überhaupt handelt. Dadurch werden 600.000 Arbeitsplätze geschaffen. Frankreich erhält hierdurch einen gewaltigen Vorsprung in einem

Bereich, der eine zentrale Rolle beim weltweiten Wachstum spielen wird. Unseren öffentlichen Finanzen wird dies gut tun.
Das ist eine Investition.

Wenn ich mich für das Projekt Grand Paris, d.h. für die Gestaltung einer Post-Kyoto-Metropole einsetze, die als Umweltlabor dienen und internationales Aushängeschild für das Know-how und die Technologien aus Frankreich sein wird, dann ist das eine Investition. (...)

Wir werden zusätzliche Mittel für die Reindustrialisierung der Gebiete mit niedrigen Beschäftigungsraten bereitstellen. Ich sage, dass es so besser ist, als die Beschäftigungslosigkeit zu subventionieren und die Arbeitslosen zur Abhängigkeit vom Sozialstaat zu verdammen.

Das ist eine Investition.

Ich will, dass jedem Jugendlichen, der die Schule mit 16 und ohne Abschluss verlässt, eine Lösung vorgeschlagen werden soll. Ich weiß, dass wir dafür heute mehr ausgeben müssen, aber auch, dass es uns morgen dadurch viel weniger kosten wird, denn diese Jugendlichen werden dann in der Lage sein, eine Arbeit zu finden, eine Familie zu gründen und Kinder groß zu ziehen und werden nicht mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Das ist eine Investition. (...)

Wir haben die Wahl.

Entweder treffen wir weiterhin Entscheidungen, die dazu führen, dass die Zahl derjenigen, die die Hilfe des Sozialstaates brauchen, stetig steigt, und wir werden schnell in eine Sackgasse geraten.

Oder wir ändern unsere Sichtweise und versuchen dafür zu sorgen, dass all diejenigen, die zur Steigerung des volkswirtschaftlichen Reichtums beitragen, immer mehr werden. So können wir dann solidarischer mit denen sein, die am schwersten vom Leben gezeichnet sind; so können wir auch den sozialen Schutz und das Gesundheitssystem haben, das wir uns wünschen.

Wir werden unsere Reformen anpacken.

Wir werden die Reform des Staates anpacken. (...)

Unsere Zukunft hängt von den Investitionen ab. Sie hängt von dem Platz ab, den wir der Produktion und der Arbeit in unserem neuen Wachstumsmodell einräumen werden. (...)

Die Gewerbesteuer muss abgeschafft werden. Diese Reform wird auch die Gelegenheit sein, unser lokales Steuerwesen neu zu gestalten.

Mit derselben Entschlossenheit **wünsche ich, dass wir in Sachen CO₂-Abgabe so weit wie möglich gehen.**

Es geht hier um sehr viel.

Es geht um die Umwelt.

Und es geht um Arbeitsplätze. (...)

Ich sage es unseren Freunden, unseren europäischen Partnern: In Frankreich gibt es einen Wandel. Ich sage ihnen aber auch: In Europa muss es auch einen Wandel geben. Es kann nach der Krise nicht mehr so funktionieren, wie es früher funktionierte. (...) Europa muss in der Lage sein, an dem Wandel der Welt teilzuhaben. Und beides, der Wandel in Europa und in Frankreich, muss Hand in Hand gehen. (...)

